

Partizipation als dekoloniale Strategie in der Entwicklungszusammenarbeit: Ein Widerspruch in sich?

Julia Plessing

Die postkoloniale Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hat sich über die Jahre hinweg auch mit dem Konzept der partizipatorischen Entwicklung (*participatory development*) befasst. Sie stellt die emanzipatorische Wirkung der Beteiligung von Zielgruppen an Entwicklungsprogrammen in Frage und versteht Diskurs und Praxis der partizipativen Entwicklung als integralen Bestandteil ungleicher Herrschaftsverhältnisse in der EZ (Escobar 1995; Rahnema 1992). So haben postkoloniale Analysen ergeben, dass lokales Wissen, welches idealerweise in partizipative Prozesse einfließen soll, durch diese manipuliert werden kann (Mosse 2001), dass die Inklusion von lokalen Bevölkerungsgruppen in partizipative Prozesse oftmals zu ihrer Unterordnung führt (Cleaver 2001), und dass partizipative Forschungsmethoden ungleiche Machtverhältnisse zwischen Experten und lokalen Zielgruppen verstärken können (Mohan 2006: 8). Einige Autoren haben Partizipation gar als Kontrollinstrument der EZ (Craig/Porter 1997) oder als Technologie der Überwachung über Partner und Zielgruppen verstanden (Kapoor 2005). Daher bezeichnen Cooke und Kothari Partizipation in der EZ als Tyrannie und unterstellen den Anhängern partizipativer Entwicklung Naivität gegenüber den Machthierarchien innerhalb der EZ (Cooke/Kothari 2001: 14-15).

Inwieweit diese scharfe Kritik zu einem Umdenken in der EZ geführt hat, ist schwierig zu ermitteln. Doch gibt es Anzeichen dafür, dass Geber verstärkt Menschenrechtsansätze berücksichtigen und, insbesondere im Rahmen von Demokratieförderung und Stärkung von *good governance* einen Paradigmenwechsel vollzogen haben.

Mit dem Aufkommen der *good governance* Agenda begannen Institutionen der EZ kausale Zusammenhänge zwischen Armut und Regierungsführung zu sehen. Sie gingen davon aus, dass verstärkte Partizipation Bürger*innen Möglichkeiten der Mitsprache eröffnet, die wiederum zu mehr Transparenz, weniger Korruption und mehr Bürgernähe in nationalen und lokalen Regierungen führt (Rocha Menocal/Sharma 2008). Es geht also bei *participatory governance* nicht mehr nur um Beteiligung von Zielgruppen zur Effektivitätssteigerung von Entwicklungsprojekten (Schön-

wälder 1997), sondern auch um das Verhältnis zwischen Staat und Bürger*in.

Einige Autor*innen begrüßen diese Erweiterung der Partizipationsagenda und sehen in ihr das Potenzial für ein politischeres Verständnis bürger-schaftlichen Handelns. Sie propagieren, transformativere und radikalere Ansätze der Bürgerbeteiligung in die Programme der EZ zu integrieren, und somit die machtpolitische Ungleichheit in der EZ selbst zu reformieren (Gaventa 2004; Hickey/Mohan 2004).

Dieses Kapitel greift diesen Gedanken auf und hinterfragt, ob die Erweiterung der Partizipationsagenda Möglichkeiten eröffnet, Partizipation als dekoloniale Strategie zu verstehen, oder ob der Fokus auf *participatory governance* und *active citizens* der weiteren Immunisierung des Entwicklungsdiskurses gegenüber der postkolonialen Kritik dient.

Das hier angewandte Verständnis von ‚dekolonialer Strategie‘ bezieht sich sowohl auf postkoloniale als auch auf antikoloniale Strategien. Postkoloniale Strategien dekonstruieren koloniale und eurozentristische Diskurse, und legen somit gängige globale Herrschaftsverhältnisse bloß (Said 1978). Wenn Partizipation als dekoloniale Strategie in der EZ verstanden werden soll, dann muss sie die Mitsprache und die Entwicklung einer eigenen Stimme der Subalterne innerhalb der EZ ermöglichen (Spivak 1988), damit sich diese gegen eurozentristische Diskurse und Repräsentationen ihrer Selbst wehren können.

Zweitens können dekoloniale Strategien auch als anti-kolonial verstanden werden (Ziai 2010). Sie zielen darauf ab, die zu Kolonialzeiten geprägten, aber immer noch fortwährenden Machtstrukturen in postkolonialen Regionen aufzubrechen. Diese Machtstrukturen können diskursive, jedoch auch materielle und institutionelle Praktiken umfassen (Mamdani 1996). EZ Organisationen sind oftmals als zentrale Akteure in diese Strukturen eingebettet. Bürgerbeteiligung als demokratische und demokratisierende Praxis kann hier eine wichtige Rolle spielen, in dem sie diese beharrlichen Machtstrukturen in Frage stellt und, zumindest potenziell, eine institutionelle Reform der EZ selbst anstößt.

Doch welche Rolle können Institutionen der EZ spielen, um solche Prozesse anzustoßen? Inwieweit ermöglichen Konzepte, Programme und Strategien in der EZ zur Stärkung von *participatory governance* diesen dekolonialen Ansatz? Eine Analyse der Partizipationsprogramme und Förderpraktiken in der EZ gibt Anlass zu Skepsis und führt zu drei Thesen, die im Folgenden erörtert werden.

Erstens vernachlässigen Programme zur Stärkung politischer Teilhabe zumeist den Aspekt der Demokratieförderung zu Gunsten der Stärkung von *good governance*. Ein Großteil der Programme fokussiert sich auf tech-

nische Beteiligungsmechanismen und zielt eher auf Effektivität von Regierungsführung, als auf Selbstbestimmung lokaler Bevölkerungsgruppen ab. So wird Partizipation Mittel zum Zweck zur Erreichung von vorbestimmten Zielen, wie zum Beispiel Transparenz, Rechenschaft und Dienstleistungserbringung der lokalen Regierungen. Die Selbstbestimmung lokaler Gruppen wird so unterdrückt und ihre Partizipation entpolitisirt.

Zweitens bleibt der Diskurs zur Stärkung der Partizipation und dem Empowerment lokaler Bevölkerungsgruppen in eurozentristischen Diskursen verhaftet. Obgleich in den Programmen und Strategien der EZ nicht mehr vorrangig von Zielgruppen zu lesen ist, sondern eher von engagierten Bürger*innen (*engaged citizens*), so bleiben diese Bürger*innen in der Logik der EZ mit einer minderwertigen Subjektivität behaftet, denn sie können erst durch entwicklungspolitische Maßnahmen Empowerment erfahren.

Dies hat auch, so drittens, Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Subalternen ihre Interessen wirksam zu artikulieren und gehört zu werden, denn das Interpretationsraster des EZ Diskurses bleibt eurozentristisch geprägt. Formen und Aussagen, die außerhalb dieses Rasters fallen bleiben ungehört und können oder wollen erst gar nicht artikuliert werden. Daher bleibt ein schwer auflösbarer Widerspruch zwischen den Ansprüchen an Partizipation als dekoloniale Strategie und dem Diskurs und Praxis der offiziellen EZ bestehen.

1. „*Participatory governance*“ oder demokratische Partizipation: eine Entwirrung

Viele Organisationen in der EZ bekennen sich explizit zur Förderung von Partizipation, um Demokratie und *good governance* zu stärken. So fördert USAID in seiner Abteilung „Democracy, Human Rights and Governance“ Partizipation, um sicher zu stellen, dass jede*r mitentscheiden kann, wie er/sie regiert wird.¹ Ebenso misst das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) der Förderung politischer Teilhabe große Bedeutung bei, wobei es diese als „ein wesentliches Element von Demokratieförderung, Staatsentwicklung und Good Governance“ versteht (BMZ 2009: 5-6)².

1 siehe: <https://www.usaid.gov/democracy> (zugegriffen am 19.06.2019).

2 BMZ, „Die Förderung konstruktiver Staat-Gesellschaft-Beziehungen – Legitimität, Transparenz, Rechenschaft.“, S. 5-6.

Kann dieser Fokus auf verstärkte Mitsprache von Bürger*innen in Entwicklungsländern als ein Schritt hin zu einem politischeren und demokratischeren Verständnis von Bürgerbeteiligung gewertet werden (Hickey/Mohan 2004)? Und kann daher die Förderung von Partizipation antikolonial wirken?

Was oftmals übersehen wird, ist, dass Demokratie und *good governance* zumeist in einem Atemzug genannt werden, wobei die Förderung des einen oder des anderen sehr unterschiedliche Konsequenzen für Partizipationsförderung haben kann. Die Vermischung dieser Konzepte trägt zur Verwirrung der Debatte bei. Daher bedarf es zunächst einer konzeptionellen Klärung von *participatory governance* einerseits und Partizipation als demokratische Praxis andererseits. Denn diese, so Chatterjee gehen von sehr unterschiedlichen Perspektiven aus:

“Participation (...) has one meaning from the standpoint of those who govern, i.e. as a category of governance. It will have a very different meaning when seen from the position of the governed, i.e. as practice of democracy.” (Chatterjee 2004: 69)

Als Instrument der Regierungsführung zielt Partizipation darauf ab, die Wirksamkeit von Regierungsprogrammen zu erhöhen (Rocha Menocal/Sharma 2008).

Als demokratische Praxis leitet sich Partizipation aus dem klassischen westlichen Demokratieverständnis der Volksouveränität ab, durch die sich gleichberechtigte Bürger*innen, durch Übertragung von Geschäften an eine eingesetzte Regierung selbst regieren (Chatterjee 2004). Die Partizipation der Bürger*innen ist also erforderlich, um sicherzustellen, dass Demokratie kontinuierlich (wieder-)hergestellt wird (Rancière 2006). In diesem Sinne ist politische Partizipation ein wesentlicher Wert der Demokratie und erfordert ein angemessenes Maß an Gleichberechtigung und Freiheit der Bürger*innen, damit diese an gemeinsamen Entscheidungen teilnehmen können. Gerade in den jungen Demokratien der Entwicklungsländer beharren jedoch, insbesondere auf sub-nationaler Ebene oftmals koloniale institutionelle Strukturen (Mamdani 1996), und sozial und wirtschaftlich ungleiche Machtstrukturen, welche Gleichberechtigung und Freiheit nur für eine kleine privilegierte Minderheit der Bürger*innen ermöglichen (Chatterjee 2004).

Wenn eine dekoloniale Strategie als Bekämpfung historisch bedingter Ungleichheit und als Kritik eurozentristischer Diskurse in ehemaligen Kolonien verstanden wird, dann hat demokratische Partizipation das Potenzial, genau das zu tun. Wenn möglichst verschiedene gesellschaftliche Gruppen, insbesondere Subalterne, mitbestimmen wie sie regiert werden und

öffentliche Diskurse beeinflussen, dann können sie sich hartnäckig haltende Machtstrukturen in Frage stellen. In der Konsequenz würde dies bedeuten, dass wenn Organisationen der EZ die Perspektive der Subalternen berücksichtigen und ihre Artikulation fördern, dies als Stärkung demokratischer Partizipation, und somit als Beitrag zu einer dekolonialen Strategie verstanden werden kann.

Es ergeben sich zwei zentrale Fragen aus dieser Diskussion. Erstens, unterstützt die offizielle EZ in Theorie und Praxis demokratische oder demokratisierende Formen der Partizipation, oder verbleibt sie einem technischen Paradigma der Partizipation verhaftet? Zweitens, bedeutet ein Fokus auf Demokratieförderung seitens der EZ Organisationen, dass diese dekolonial wirken? Oder kann Förderung von Demokratie auch die Perpetuierung eines eurozentristischen Demokratieverständnisses bedeuten? Der Fokus in diesem Abschnitt liegt auf der Diskussion der ersten Frage, während im folgenden Abschnitt die zweite Thematik vertieft diskutiert wird.

Eine Analyse von Strategiepapieren und Programmvorlagen der Weltbank, der EU und des BMZ deutet auf ein Verständnis von Bürgerbeteiligung als Instrument der Regierungsführung hin, bei dem Partizipation eher Mittel zum Zweck bleibt, statt Demokratie zu vertiefen. Dies liegt daran, dass sich die EZ, und insbesondere die technische Zusammenarbeit als Vermittler innovativer Lösungen für komplexe soziale Prozesse begreift. So hat die Förderung innovativer technischer Partizipationsmechanismen in den letzten Jahren einen großen Aufwind erfahren. Die Weltbank fördert kollaborative Mechanismen wie z.B. Beteiligungsforen, Konsultationen oder Bürgerhaushalte (*participatory budgeting*) um

"Entscheidungen besser auf die Bedürfnisse der Bürger*innen abzustimmen und die Nachhaltigkeit von Programm- und Projektergebnissen durch mehr Eigenverantwortung der Bürger*innen zu verbessern." (World Bank 2014: 43 [Übers. d. Verf.])

In ähnlicher Weise fördert die EU

"innovative Formen der Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Lokalbehörden, die auf die Koproduktion von *good governance* und lokaler Entwicklung abzielen." (European Commission 2014: 10 [Übers. d. Verf.])

Diese Mechanismen können auch als "kurze Wege zur Rechenschaft" zwischen Bürger*innen und lokaler Verwaltung beschrieben werden (McGee/Gaventa 2011). Sie beruhen zumeist auf Ideen des New Public Managements (NPM), welches Rechenschaft anhand von Leistungsindikatoren, Wettbewerb und haushälterischer Sparsamkeit misst (Duffield 2001: 316).

Der klassische längere politische Weg zur Erreichung der Rechenschaftspflicht durch Wahlen oder soziale und politische Mobilisierung, die eigentlich im Zentrum von social accountability stehen, wird somit umgangen (Joshi/Houtzager 2012: 152).

Ein solches Verständnis von Bürgerbeteiligung ist zutiefst undemokratisch, da Gremien und Partizipationsforen von Gebern und Regierungen, und nicht von Bürger*innen selbst, definiert und bereitgestellt werden. Die EZ gibt somit nicht nur Form, sondern auch die Ziele der Teilhabe vor, welche zumeist mehr Transparenz, Rechenschaft oder verbesserte Dienstleistungen sind. Auch wenn diese Ziele durchaus erstrebenswert sind, so steht gar nicht zur Debatte, ob Subalterne andere Ziele verfolgen könnten. Daher mag es auch nicht verwundern, dass historische Studien zur Partizipation Parallelen zwischen dem britischen spätkolonialen Einsatz der *participatory governance* als Form der indirekten Herrschaft (*indirect rule*) und seiner heutigen Anwendung sehen (Cornwall 2006; Hewitt 2006). Genau wie damals werden heutzutage Form und Inhalte von Eliten und nicht von Bürger*innen selbst bestimmt. Somit wird, gemäß Ferguson, nicht nur der Staat, sondern auch Partizipation selbst entpolitisirt (Ferguson 1990).

2. „Active Citizenship“: Jenseits des Eurozentrismus?

Es gibt in der EZ jedoch auch andere Ansätze der Partizipationsförderung, die auf die Stärkung von Menschenrechten und Zivilgesellschaft fokussieren. Damit einhergehend haben sich die gängigen Begrifflichkeiten fundamental geändert. Heutzutage sprechen EZ Programme eher von mündigen oder engagierten Bürger*innen und weniger von Zielgruppen (BMZ 2009; USAID 2013). Die Weltbank spricht von Bürger*innen in Entwicklungsländern als „Agent*Innen für Wandel“ (World Bank 2017: 225). Sie verfügen über Rechte, und die EZ will dabei behilflich sein, dass sie diese auch einfordern (Rocha Menocal/Sharma 2008). Ist dieser Paradigmenwechsel als Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Fragen des Rassismus und Neokolonialismus zu werten?

Die postkoloniale Kritik versteht die Zweiteilung der Welt in entwickelte und unterentwickelte Regionen und den damit einhergehenden weitverbreiteten Eurozentrismus als Kontinuität eines rassistischen kolonialen Diskurses (Ziai 2013). Es wird zwar nicht mehr biologistisch mit dem Begriff der Rasse hantiert. Doch wird der Süden nach wie vor als passiv und unfähig, sich selbst zu entwickeln, repräsentiert (Ziai 2013). So beobachtete Escobar Mitte der 90er Jahre, dass Zielgruppen in der EZ

„eine unterentwickelte Subjektivität (zugeschrieben wird), die mit Merkmalen wie Machtlosigkeit, Passivität, Armut und Unwissenheit ausgestattet ist, die meist dunkel und ohne historische Handlungsfähigkeit ist.“ (Escobar 1995: 8 [Übers. d. Verf.])

Wurde dieser neokoloniale Eurozentrismus mit dem Einführen des Konzeptes des *active citizen* zumindest teilweise überwunden?

In der Analyse der *good governance* Strategien einschlägiger EZ Organisationen lassen sich zwei gängige Konzeptionen der „Bürger*in“ erkennen. Dies ist zum einen die Bürger*in als Kund*in des Staates, und zum anderen die Bürger*in im liberal-demokratischen Verständnis, ausgestattet mit Rechten, die sie einfordern kann. Beide Konzepte, so wird im Folgenden argumentiert, können eurozentristische Sichtweisen perpetuieren, indem sie Subalterne aus diesen Konzeptionen ausschließen oder sie als defizitär konstruieren.

Die Weltbank ist prominenteste Vertreterin der Ansicht, dass die Bürger*in als Kund*in des Staates verstanden werden kann. Demnach wird die Bürger*in "als letztendliche Kund*in von Regierungen, Entwicklungsinstitutionen und Privatwirtschaft" definiert (World Bank 2014: 7). Die ‚Bürger-Kund*in‘ (*citizen-client*) kann ihre Macht als Bürger*in durch ihre Partizipation als Kund*in in der Aushandlung der staatlichen Dienstleistungen ausüben (World Bank 2014: 7). Diese Sichtweise ist jedoch widersprüchlich, da nur die Bürger*innen, die über Kaufkraft verfügen, sich demnach auch beteiligen können (Eyben 2005). Mittellose ‚Bürger-Kunden*innen‘ fallen aus dieser Definition heraus, da sie nicht die Wahl haben, mit dem Staat zu verhandeln. Ihre Macht besteht lediglich in ihrer „Weigerung, für Dienstleistungen zu zahlen, oder aber sich kollektiv zu organisieren, um die individuellen Bedingungen von Dienstleistungsverträgen zu umgehen.“ (Schild 2007: 187) Somit bleibt Bürgerbeteiligung in dieser Konzeption ein Privileg lokaler Eliten.

Das zweite Verständnis der Bürger*in in der EZ basiert auf der liberal-demokratischen Konzeption von Staatsbürgerschaft als eine Anzahl von Rechten die jede Bürger*in innehalt (Gaventa/Valderrama 1999). Die schwedische Sida, USAID oder die EU sind einschlägige Entwicklungsinstitutionen, die rechtebasierte Ansätze und ein solches Bürgerverständnis fördern. Doch auch diese Sichtweise auf die Bürger*in in Postkolonien kann problematisch sein, weil sie gleichberechtigte Staatsbürgerschaft zu meist als Fakt, statt als Anspruch versteht. Denn die formelle Gewährung von Staatsbürgerschaft bedeutet nicht unbedingt, dass Bürger*innen über die notwendige gesellschaftliche Macht verfügen, ihre Bürgerrechte auch einzufordern (Rancière 2006). So bemerkt O'Donnell in seiner Analyse der

neuen lateinamerikanischen Polyarchien - Demokratien mit starkem marktorientierten Fokus - dass die meisten Bürger*innen nur in Bezug auf die Ausübung ihres Wahlrechtes ihre Bürgerrechte auch tatsächlich ausüben können (O'Donnell 1996: 45).

Überdies ergibt eine Analyse der EZ Programme, dass die angewandten Bürgerkonzepte meist auf einem individualisierten defizitären Verständnis der Bürger*innen in Entwicklungsländern beruhen. Sie werden als unwissend, oder gar ideologisch irregeführt dargestellt und scheinbar erst durch Entwicklungsprogramme in die Lage versetzt, ihre Rechte wahrzunehmen. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Annahme der Geber, dass sie "benachteiligten Gruppen helfen müssen, ihre Interessen zu artikulieren und ihre Verhandlungskompetenz zu verbessern." (BMZ 2009: 7)³ Die Aussage unterstellt implizit, dass Bürger*innen in den konstitutionellen Demokratien des Südens grundsätzlich das Recht und die Möglichkeit zur Teilnahme haben. Doch fehlt ihnen ein hinreichendes Rechtsbewusstsein, das nötige Wissen über lokale Regierungsführung oder die adäquaten Fähigkeiten, um überhaupt teilnehmen zu können. Diese Sichtweise dient Gebern als Begründung für Maßnahmen der Kapazitätsentwicklung, Rechtsaufklärung und Bürgerbildung.

Empowerment wird hier als Transfer von Fähigkeiten und technischem Know-how verstanden, den entwicklungspolitische Eliten gewährleisten können. Es wird ersichtlich, dass Diskurs und Praxis der Kapazitätsstärkung von den Begehrlichkeiten einer Entwicklungselite vorangetrieben wird (Kapoor 2005), die die von Escobar angeprangerte unterentwickelte Subjektivität der Bürger*innen des globalen Südens reproduziert (Escobar 1995: 8).

Die Annahme, dass sich Bürger*innen in Entwicklungsländern in einem Zustand des ‚falschen Bewusstseins‘ befinden geht von einer ähnlichen Prämisse aus. So zieht der *World Development Report 2004* die oben erwähnten direkten Rechenschaftsmechanismen zwischen Bürger*innen und Verwaltungen, den politischen Formen der Partizipation, wie z.B. Wahlen vor, da ärmere Bürger*innen in Entwicklungsländern oft dazu neigen, Wahlentscheidungen auf Grund von ethnischen oder ideologischen Gesichtspunkten treffen, statt die Leistungen ihrer Kandidat*innen rational zu bewerten (World Bank 2004: 7). Die Weltbank propagiert somit, dass Bürger*innen in Entwicklungsländern in einem falschen Bewusstsein leben, also dass sie die regierende Elite, trotz Regierungsversagens als ir-

3 BMZ, „Die Förderung konstruktiver Staat-Gesellschafts-Beziehungen – Legitimität, Transparenz, Rechenschaft.“, S. 7.

gendwie gerechtfertigt oder legitim akzeptieren (Gaventa/Martorano 2016).

Diese eurozentristische Sichtweise geht davon aus, dass Bürger*innen im globalen Norden rationale Entscheidungen treffen, wenn sie ihre Regierung bewerten und wählen, während Bürger*innen im globalen Süden dies nicht tun. Wo im Norden Ideologie als gängiges Element parteipolitischer Demokratie angesehen wird, gilt für die südliche Hemisphäre Ideologie als Zeichen falschen Bewusstseins, als Hindernis für Bürger*innen als mündige politische Akteure zu agieren. Die Subalternen im globalen Süden werden daher als ignorant oder verblendet angesehen und werden somit wiederum zur Zielscheibe von Aufklärungs-, Schulungs- und Kapazitätsentwicklungsprogrammen.

Diese Sichtweise verzerrt das Konzept des falschen Bewusstseins, welches Gramsci von Marx weiterentwickelt hat. Gramsci verstand das Bewusstsein der Arbeiterklasse im Kontext kultureller Hegemonie, d.h. der moralischen Führung der Bourgeoisie und der vielfältigen Allianzen, die sie mit verschiedenen Kräften der Gesellschaft gebildet hatte. Diese Hegemonie ist ein Hindernis für den Widerstand der ausgebeuteten Arbeiterklasse und kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn ein gegenkultureller Konsens unter den Arbeiter*innen geschaffen wird, der es ihnen ermöglicht, autonome Initiativen zu entwickeln und Brücken zu anderen sozialen Bewegungen zu bauen (Tarrow 2012: 19). Daher liegt bei Gramsci die Kausalität für die Unterordnung der Arbeiterklasse nicht in der Arbeiterklasse selbst, sondern in den Machtstrukturen, also den hegemonialen Bestrebungen der ausbeuterischen Klasse der damaligen Zeit. Während sich bei Gramsci das Bewusstsein der Subalterne als widersprüchlich darstellt, gespeist aus der Hegemonie der herrschenden Klasse, aber eben auch aus den eigenen konkreten Erfahrungen, wird falsches Bewusstsein in diesem neueren entwicklungspolitischen Sinn als Unwissen, oder ideologische Täuschung zur Erklärungsgrundlage für die Passivität der Subalterne.

So wird ein Konzept, das ursprünglich von Gramsci im Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse geprägt wurde, und welches heutzutage im Kontext des (Neo-) Imperialismus als Grundlage einer dekolonialen Strategie angesehen werden könnte, in ein liberaleres, methodologisch individualistisches Verständnis von falschem Bewusstsein umgewandelt. In diesem Sinne wird, mit Spivak, Subalternen die Möglichkeit und Fähigkeit genommen, für sich selbst zu sprechen, denn wenn sie als ideologisch getäuscht gelten, verliert ihre Stimme an Legitimität (Spivak 1988). Spivaks Beobachtungen werden im folgenden Abschnitt noch einmal in Bezug auf die Rolle der Zivilgesellschaft in der EZ aufgenommen.

3. Können oder wollen Subalterne in der EZ sprechen?

In ihrem Essay „Can the subaltern speak?“ bezieht sich Spivak auf die indische Frau, die auf Grund ihrer intersektionalen Subalternität, bedingt durch Herkunft, Klasse und Geschlecht, eingeschwängt zwischen Patriarchat und Imperialismus, die Fähigkeit zur Artikulation ihrer Interessen verliert (Spivak 1988).

Dieser Abschnitt ist ein Versuch, ihre These auf die Rolle der Zivilgesellschaft, als Vehikel der Partizipation für Subalterne in heutigen demokratischen Postkolonien zu übertragen. Es stellen sich dazu zwei Fragen. Erstens, inwieweit sind Subalterne überhaupt in gängigen EZ Definitionen von Zivilgesellschaft inbegriffen und können diese nutzen, um ihre Interessen zu artikulieren? Zweitens, wollen Subalterne überhaupt ihre Interessen gegenüber Geldgebern artikulieren?

Zivilgesellschaft wird zumeist als zentrales Vehikel der Teilhabe verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen an politischen Prozessen gesehen (Chandhoke 2007). Wenn soziale Bewegungen, Gewerkschaften und andere Organisationen es schaffen, die Interessen der Subalternen zu organisieren und für sie einzutreten, können sie, zumindest im Prinzip, liberale, jedoch ungleiche, Demokratien demokratisieren, und kolonisierende Machtstrukturen korrigieren (Chatterjee 2004).

Auch von Seiten einschlägiger bi- und multilateraler EZ Institutionen wird Zivilgesellschaft als zentrale Vertretung der Bürger*innen gesehen (European Commission 2012). Doch ergibt eine Analyse der Strategiepapiere und der gängigen Praxis, dass die offizielle EZ nach wie vor Subalterne aus ihrem Verständnis von Zivilgesellschaft ausschließt (Chatterjee 2004). Dies kann man erstens auf die normativen Attribute, die die EZ der Zivilgesellschaft zuschreibt, und zweitens auf die von der EZ erwarteten Formen der Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und Staat zurückführen.

So beschreibt z.B. die europäische Kommission die Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern als „kompetent, pluralistisch und dynamisch.“ (European Commission 2012: 4) Zivilgesellschaft beinhaltet demnach nur jene, die in der Lage sind Anträge zu schreiben, Berichte zu formulieren und Umgangsformen mit Behörden und Gebern selbst pflegen, die den Vorstellungen der internationalen Geber entsprechen. Dazu müssen sie zumeist die gleiche Sprache sprechen und an ähnlichen Universitäten studiert haben (Ackermann 2005: 22). Dies hat in der Praxis zu einer Zivilgesellschaft geführt, die von der Basis abgesondert (*disassociated*) ist (Fowler 2014). Als solche definiert ist die Zivilgesellschaft im globalen Süden empirisch betrachtet demographisch begrenzt und repräsentiert oft nur einen

kleinen, und meist privilegierten Teil der Bevölkerung (Chandhoke 2007; Chatterjee 2004). Subalterne sind von dieser Definition der Zivilgesellschaft ausgeschlossen, da sie der erwarteten Kompetenz nicht entsprechen. Geber löschen so auf diskursiver Ebene die Existenz anderer Formen der Zivilgesellschaft, die weniger organisiert, weniger artikuliert, bürger näher, rauer und spontaner ist, aus der kollektiven Vorstellung aus.

Zwar gibt es Bestrebungen seitens offizieller EZ, Graswurzelorganisationen und soziale Bewegungen als wichtige Akteur*innen der Bürgerbeteiligung anzuerkennen (World Bank 2017). Doch gibt es bisher kaum Beispiele, dass diese auch konkret unterstützt wurden. Laut Berichten geht nur 1% internationaler Entwicklungshilfe an NROs (Nichtregierungsorganisationen) aus dem Süden (Civicus 2015) und es ist anzunehmen, dass hiervon wiederum nur ein Bruchteil an tatsächlichen Graswurzelorganisationen geht. In den Fällen, in denen es sozialen Bewegungen gelungen ist, sich so weit zu professionalisieren, um an internationale Gelder zu kommen, wird oftmals ein schlechender Prozess der ‚NROisierung‘ konstatiert, in dem die originären Interessen der Bewegungen einem zunehmenden ‚Managerialismus‘ zum Opfer fallen (Kerner 2017).

Auch die Art und Weise, wie sich internationale Geber die Interaktion von Staat und Zivilgesellschaft vorstellen, schließt Subalterne aus. Die EU ist bestrebt, „eine sinnvolle und strukturierte Beteiligung an Programmplanungs- und politischen Prozessen zu fördern.“ (European Commission 2012: 4 [Übers. d. Verf.]) Ebenso fördert das BMZ "belastbare und konstruktive staatlich-gesellschaftliche Beziehungen" (BMZ 2009: 8)⁴.

Die Terminologie suggeriert, dass die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat harmonisch, oder zumindest nicht konfliktreich sein sollen (Mercer 2002) und eher in den Sitzungssälen der Regierungsgebäude als auf der Straße verhandelt werden.

Daher schließt diese von Gebern angestrebte Ko-Produktion von *good governance* wiederum Subalterne aus, da diese gar nicht erst über die Macht und Organisationsformen verfügen, Eingang in die Sitzungssäle zu finden. Partizipationsformen der Subalternen befinden sich eher im Bereich des Protestes und der Mobilisierung von Massen (Centre for Policy Studies 2002).

Somit perpetuiert die EZ einen diskursiven Rahmen in ihrer Umschreibung was Zivilgesellschaft ist und wie Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft auszusehen haben, in dem Subalterne keinen Platz zur Arti-

4 BMZ, „Die Förderung konstruktiver Staat-Gesellschaft-Beziehungen – Legitimität, Transparenz, Rechenschaft.“, S. 8.

kulation ihrer Interessen haben. Erst wenn sie soweit befähigt werden, diesen Ansprüchen zu genügen, können sie als gleichberechtigte Partner wahrgenommen werden. Die Konzepte der Partizipation und des *active citizenship* werden so vor allem als pädagogische Übungen von Gebern, größeren NROs und dem Staat enttarnt, die versuchen die „ungebändigten Massen“ zu zivilisieren (Robins/Cornwall/von Lieres 2008: 1084).

Man muss den engen Rahmen, der von der EZ diskursiv gesteckt wird, verlassen, um die vielfältigen Partizipationsrepertoires der Subalternen überhaupt zu erkennen. Diese stellen zwar die diskursive Deutungsmacht der EZ Organisationen nicht explizit in Frage und können somit nicht als dekolonial bezeichnet werden. Sie untergraben jedoch niedrigschwellig oder subversiv die Intentionen von Partizipationsprogrammen.

Eine Analyse solcher Beteiligungsrepertoires muss anerkennen, dass das Verhältnis zwischen dem Bewusstsein der Bürger*innen für ihre Rechte, ihrer Fähigkeit zur Beteiligung, ihrem Willen zur Beteiligung und ihrem tatsächlichen Engagement nicht so linear ist, wie in Strategiepapieren der EZ dargestellt wird. Empirische Untersuchungen in Uganda, Pakistan und Nicaragua haben ergeben, dass sich die lokale Bevölkerung ihrer Rechte durchaus bewusst ist, jedoch nicht erwartet, dass aktive Bürgerbeteiligung ihr dabei helfen wird, diese Rechte auch tatsächlich zu erlangen (Pettit 2016: 92). Die Bereitschaft der Bürger*innen zur Partizipation hängt daher von der eigenen Wahrnehmung ihrer Chancen ab, öffentliche Entscheidungen tatsächlich zu beeinflussen. Diese Möglichkeit wird jedoch nicht so sehr vom eigenen Wissen der Bürger*innen um ihre Rechte bestimmt, sondern eher von den vorherrschenden asymmetrischen Machtverhältnissen. Faktoren, die es Subalternen so viel schwerer machen, sich Gehör zu verschaffen, sind zum Beispiel soziale Ausgrenzung, Diskriminierung, Klientelismus und (strukturelle) Gewalt. Es ist daher nicht unbedingt ein Mangel an Wissen oder Know-how, sondern die Wahrnehmung der eigenen Machtlosigkeit, die Subalterne daran hindert, ihre Interessen politisch wirksam zu artikulieren.

Diesbezüglich hat sich eine wachsende Anzahl an Studien empirisch mit dem Verhältnis zwischen Klientelismus und demokratischer Partizipation beschäftigt (Robins/Cornwall/von Lieres 2008; Anciano 2017; Gay 1998; von Holdt/Langa/Molapo/Mogapi/Ngubeni/Dlamini/Kirsten 2011). Zum Beispiel fand Burgwal in Quito, Ecuador, dass Klientelismus und Radikalismus oftmals sich ergänzende Strategien der städtischen Armen waren, um dem Staat kollektive Ressourcen abzuringen. Vetternwirtschaft

wurde hier zum integralen Bestandteil radikalerer Ansätze zur lokalen Entwicklung.⁵

Ebenso haben die oben genannten Untersuchungen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Nicaragua, Pakistan und Uganda ergeben, dass in Gesellschaften mit einer allgemein starken Prävalenz von Klientelismus, Partizipation der Bürger*innen und ihre Forderungen nach Rechenschaft eher klientelistischen Praktiken als den liberalen demokratischen Idealen der EZ entsprachen (Pettit et al. 2015: 93).

Innerhalb der EZ können Subalterne, auch wenn sie nicht als *claim maker* auftreten, so doch zumindest ihre Position als Begünstigte nutzen, um ihren Lebensunterhalt aufzubessern. So hat Mosse in einem Programm ländlicher Entwicklung konstatiert, dass lokale Programmteilnehmer*innen Partizipation gerne vernachlässigen und es eher anstreben, sich zu Klient*innen oder Arbeitnehmer*innen von EZ Programmen zu machen (Mosse 2004: 654).

Daher bleibt nicht nur die Frage relevant ob Subalterne sprechen können, sondern auch ob sie es denn innerhalb einer spezifischen Machtkonstellation auch immer wollen, denn die öffentliche Artikulation ihrer Interessen könnte überlebenswichtige Ressourcen austrocknen. Nur wenn Subalterne, oder von Gebergeldern abhängige NROs den von EZ Organisationen gesteckten Zielen von Partizipationsprogrammen zustimmen und diese auch ausführen, kommen sie in den Genuss von Zuwendungen, die sie zum Lebens- oder Organisationserhalt brauchen.

Dies führt in der Praxis oftmals zu Partizipationsprogrammen die halbherzig und ohne großen Elan durchgeführt werden. Die Beteiligung lokaler Bürger*innen an Partizipationsforen oder Trainingseinheiten wirkt dann ritualistisch (Katsaura 2015) und ist zumeist an materiellen Nutzen gekoppelt, so z.B. in Form des Erhalts eines gratis Mittagessens oder einer kleinen Zuwendung. Somit widersetzen sich Subalterne, allerdings nur unterschwellig, den missionarischen „zivilisierenden“ Bestrebungen der EZ Organisationen. Ob diese unterschwellige Widersetzung als dekoloniale Strategie bezeichnet werden kann, muss an anderer Stelle diskutiert werden.⁶

5 zitiert in (Gay 1998: 16).

6 siehe z.B. (Scott 2008).

4. Abschließende Überlegungen

Die Diskussion in diesem Kapitel hat ergeben, dass Programme und Strategien in der EZ, die darauf abzielen, Partizipation, *good governance*, Demokratie und bürgerschaftliches Engagement zu stärken, nach wie vor eurozentristisch geprägt sind. Daran hat auch ein Wandel in den verwendeten Begrifflichkeiten nichts geändert. Bei einem steilen Gefälle zwischen Gebern und Zielgruppen, welches die EZ stets definiert, gibt es für Zielgruppen wenig Ansporn, diese eurozentristischen Diskurse offen zu kritisieren oder zu bekämpfen. Daher stehen Partizipation als dekoloniale Strategie einerseits, und offizielle EZ andererseits in einem schwer aufzulösenden Widerspruch zueinander. Partizipation als dekoloniale Strategie wird so zu einem Privileg, dass sich nur die leisten können, die nicht auf Zuwendungen seitens der EZ angewiesen sind.

Ob, und inwieweit dieser Widerspruch zumindest abgemindert werden kann, hängt davon ab in wie weit Institutionen der EZ ihre Macht selbst reflektieren und Kontrolle abgeben. Es gibt Nichtregierungsgeber, wie z.B. Stiftungen und NROs, die aus einer solidarischen Perspektive flexibler sind und radikalere Initiativen der Subalternen im globalen Süden finanzieren. Es gibt auch Kontinente übergreifende Allianzen zwischen sozialen Gerechtigkeitsbewegungen, die auf dekoloniale Beteiligungsstrategien zurückgreifen. Diese agieren jedoch oftmals am Rande der offiziellen EZ.

Es gibt einige Anzeichen dafür, dass führende Geber versuchen, sich stärker mit Machtfragen auseinanderzusetzen. Der Weltentwicklungsbericht 2017 der Weltbank ist bemüht, den technischen Ansatz für partizipative Entwicklung hinter sich zu lassen und Machtverhältnisse und Politik bei der Analyse von Governance-Prozessen zu berücksichtigen. So ist sie willens, das Hilfsprinzip der „Kapazitätsentwicklung von Institutionen“ um eine Auseinandersetzung mit Machtasymmetrien zu ergänzen (World Bank 2017: 29).

Carothers deutet dies als ein Umdenken, weg von technokratischen Ansätzen, hin zur "Berücksichtigung von Politik und Macht in der Entwicklungspolitik", welche Möglichkeiten zur Etablierung neuer Arten von Entwicklungsprogrammen bietet, die Entwicklung als einen inhärenten demokratischen Prozess anerkennen.⁷ Diese bedürften jedoch mehr Flexibilität, mehr Ambivalenz und eine stärkere Übertragung von Kontrolle an

⁷ zitiert in World Bank, 271. [Übers. d. Verf.].

Entwicklungshilfeempfänger*innen. Solchen Prozessen, wie Carothers selbst betont, stehen jedoch gewaltige Hürden entgegen.⁸

Wie Ferguson bereits in den 1990er Jahren argumentiert hat, werden offizielle EZ Organisationen von einer eigenen institutionellen, diskursiven und materiellen Dynamik vorangetrieben, die weitgehend unabhängig von den Empfängergesellschaften fungiert und die sich aus den Hierarchien innerhalb der EZ ableitet (Ferguson 1990). So müsste beispielsweise die EZ ihre Fixierung auf Ergebnisorientierung hinter sich lassen und ihre eigenen Begehrlichkeiten als Helfer*innen vermeintlich Schwächerer kritisch anerkennen (Kapoor 2005). Doch auch wenn eine solche Reflektion bei einigen Akteuren in der EZ ersichtlich ist, so bleibt die systematische Hierarchisierung zwischen Entwickelnden und zu Entwickelnden definierendes Element der EZ. Diese stellt nach wie vor ein systematisches Hindernis gegen die Entwicklung von flexibleren, solidarischen Ansätzen der Förderung von Partizipation in der EZ dar.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, John M. (2005): Social accountability in the public sector – A conceptual discussion, Social Development Papers: Participation and Civic Engagement. Washington DC: World Bank, März 2005, abrufbar unter <https://siteresources.worldbank.org/INTPCENG/214574-1116506074750/20542263/FINALAckerman.pdf>.
- Anciano, Fiona (2017): Clientelism as Civil Society? Unpacking the Relationship between Clientelism and Democracy at the Local Level in South Africa, in: Journal of Asian and African Studies 53, Nr. 4, 31. Mai 2017, S. 593–611, abrufbar unter <https://doi.org/10.1177/0021909617709487>.
- BMZ (2009): Die Förderung konstruktiver Staat-Gesellschaft-Beziehungen – Legitimität, Transparenz, Rechenschaft, abrufbar unter https://www.bmz.de/de/media/thek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier298_01_2010_de.pdf.
- BMZ (2009): Promoting resilient states and constructive state-society relations – legitimacy, transparency and accountability. BMZ, 2009, abrufbar unter http://www.bmz.de/en/publications/archiv/type_of_publication/strategies/spezial168.pdf.
- Centre for Policy Studies (2002): Analytical overview of the political economy of the civil society sector in Southern Africa with regard to the poverty reduction agenda, Johannesburg: Centre for Policy Studies.
- Chandhoke, Neera (2007): Civil society, in: Development in Practice 17, Nr. 4–5, S. 607–614, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/09614520701469658>.

8 World Bank, S. 271.

- Chatterjee, Partha (2004): The politics of the governed – reflections on popular politics in most of the world, New York: Columbia University Press.
- Civicus (2015): State of civil society report 2014, abrufbar unter <http://civicus.org/images/SOCS%202014%20Full%20Report.pdf>.
- Cleaver, Francis (2001): Institutions, agency and the limitations of participatory approaches to development, in: Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hg.) *Participation – The new tyranny?*, London: Zed Books, S. 36–55.
- Cooke, Bill/Kothari, Uma (2001): *Participation – The new tyranny?*, London: Zed Books.
- Cornwall, Andrea (2006): Historical perspectives on participation in development, in: Commonwealth & Comparative Politics 44, Nr. 1, S. 62–83, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/14662040600624460>.
- Craig, David/Porter, Doug (1997): Framing participation, in: Development in Practice 7, Nr. 3, S. 229–236, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/09614529754468>.
- Duffield, Mark (2001): Governing the Borderlands: Decoding the Power of Aid, in: Disasters 25, Nr. 4, S. 308–320, abrufbar unter <https://doi.org/10.1111/1467-7717.00180>.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering development – The making and unmaking of the third world*, New Jersey: Princeton University Press.
- European Commission (2014): Multiannual indicative programme for the thematic programme ‚Civil Society Organisations and Local Authorities‘ for the period 2012–2020, 15. Juli 2014, abrufbar unter https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/cso-la-mip-2014-2020_en.pdf.
- European Commission (2012): The roots of democracy and sustainable development: Europe’s engagement with civil society in external relations – European Commission, 19. September 2012, abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM%3A2012%3A0492%3AFIN%3AEN%3APDF>.
- Eyben, Rosalind (2005): Donors, rights-based approaches and implications for global citizenship: a case study from Peru, in: *Inclusive Citizenship – Meanings and Expressions*, London/New York: Zed Books, S. 251–267.
- Ferguson, James (1990): The Anti-politics Machine – ‘Development’, depoliticization and bureaucratic power in Lesotho, Melbourne/New York: Cambridge University Press.
- Fowler, Alan (2014): Civil Society and Aid in Africa – A Case of Mistaken Identity?, in: Obadare, Ebenezer (Hg.) *The Handbook of Civil Society in Africa*, 20:417–38. New York, NY: Springer New York, abrufbar unter https://doi.org/10.1007/978-1-4614-8262-8_23.
- Gaventa, John (2004): Towards participatory governance – Assessing the transformative possibilities, in: Hickey, Samuel/Mohan, Giles; *Participation: from tyranny to transformation? Exploring new approaches to participation in development*, London: Zed Books, S. 278–283.
- Gaventa, John/Martorano, Bruno (2016): Inequality, power and participation – revisiting the links, IDS Bulletin 47, Nr. 5, 28. November 2016, S. 11–30, abrufbar unter <https://doi.org/10.19088/1968-2016.164>.

- Gaventa, John/Valderrama, Camilo (1999): Participation, citizenship and local governance, in: Background note for the workshop “Strengthening Participation in Local Governance”, University of Sussex, Institute of Development Studies, Bd. 21, abrufbar unter <http://www.uv.es/~fernandm/Gaventa,%20Valderrama.pdf>.
- Gay, Robert (1998): Rethinking Clientelism – Demands, Discourses and Practices in Contemporary Brazil, in: European Review of Latin American and Caribbean Studies, Nr. 65, Dezember 1998, S. 7–24.
- Hewitt, Vernon (2006): A cautionary tale – colonial and post-colonial conceptions of good government and democratisation in Africa, in: Commonwealth & Comparative Politics 44, Nr. 1, 5. September 2006, S. 41–61. <https://doi.org/10.1080/14662040600624437>.
- Hickey, Samuel/Mohan, Giles (2004): Participation – from tyranny to transformation? Exploring new approaches to participation in development, London/New York: Zed Books.
- von Holdt, Karl/Langa, Malose/Sepetla, Molapo/Mogapi, Nomfundo/Ngubeni, Kindiza/Dlamini, Jacob/Kirsten, Adele (2011): The smoke that calls: insurgent citizenship, collective violence and the struggle for a place in the new South Africa. Eight case studies of community protest and xenophobic violence, Johannesburg: Centre for the Study of Violence and Reconciliation; Society, Work and Development Institute, abrufbar unter <https://www.csvr.org.za/docs/thesmokethatcalls.pdf>.
- Joshi, Anuradha/Houtzager, Peter P. (2012): Widgets or Watchdogs? Conceptual Explorations in Social Accountability, in: Public Management Review 14, Nr. 2, Februar 2012, S. 145–162, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/14719037.2012.657837>.
- Kapoor, Ilan (2005): Participatory Development, Complicity and Desire, in: Third World Quarterly 26, Nr. 8, November 2005, S. 1203–1220, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/01436590500336849>.
- Katsaura, Robert (2015): Ritualistic spaces? Re-examining invited spaces of participation, in: Bénit-Gbaffou, Claire (Hg.) *Popular Politics in South African Cities: Unpacking Community Participation*, Cape Town: HSRC Press.
- Kerner, Ina (2017): Transnational Governmentality and Civil Society, in: Ricci, Gabriel R. (Hg.) *The Persistence of Critical Theory*, Bd. 8. Culture & Civilization, London/New Brunswick: Transaction Publishers.
- Mamdani, Mahmood (1996): Citizen and subject: contemporary Africa and the legacy of late colonialism - Princeton Studies in Culture/Power/History, Kampala: Fountain Publishers.
- McGee, Rosie/Gaventa, John (2011): Shifting power? Assessing the impact of transparency and accountability initiatives, in: IDS Working Paper, Nr. 383, November 2011, abrufbar unter <https://www.ids.ac.uk/publications/shifting-power-assessing-the-impact-of-transparency-and-accountability-initiatives/>.
- Mercer, Claire (2002): NGOs, Civil Society and Democratization: A Critical Review of the Literature, in: Progress in Development Studies 2, Nr. 1, 1. Januar 2002, S. 5–22, abrufbar unter <https://doi.org/10.1191/1464993402ps027ra>.

- Mohan, Giles (2006): Beyond Participation: Strategies for Deeper Empowerment, in: Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hg.) *Participation: The New Tyranny?*, S. 153–167, London: Zed Books, abrufbar unter https://scholar.google.de/scholar?hl=de&as_sdt=0%2C5&q=critical+view+empowerment&btnG=.
- Mosse, David (2001): ‚People’s knowledge‘, participation and patronage: operations and representations in rural development, in: Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hg.) *Participation: The new tyranny?*, London/New York: Zed Books, S. 16–35.
- Mosse, David (2004): Is Good Policy Unimplementable? Reflections on the Ethnography of Aid Policy and Practice, in: *Development and Change* 35, Nr. 4 (1. September 2004), S. 639–671, abrufbar unter <https://doi.org/10.1111/j.0012-155X.2004.00374.x>.
- O’Donnell, Guillermo A. (1996): Illusions about consolidation, in: *Journal of Democracy* 7, Nr. 2, S. 34–51, abrufbar unter <https://doi.org/10.1353/jod.1996.0034>.
- Pettit, Jethro (2016): Why citizens don’t engage – power, poverty and civic habitus, *IDS Bulletin* 47, Nr. 5, 28. November 2016, S. 89–102, abrufbar unter <https://doi.org/10.19088/1968-2016.169>.
- Pettit, Jethro/McGee, Rosemary/Dixon, Helen/Scott-Villiers, Patta/Goyder, Hugh (2015): Evaluation of the strategy for support via Swedish civil society organisations 2010-2014, abrufbar unter <https://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/handle/123456789/7130>.
- Rahnema, Majid (1992): Participation, in: Sachs, Wolfgang (Hg.) *The Development Dictionary – A Guide to Knowledge as Power*, London: Zed Books.
- Rancière, Jacques (2006): Democracy, Republic, Representation, in: *Constellations* 13, Nr. 3, S. 297–307, abrufbar unter <https://doi.org/10.1111/j.1467-8675.2006.00402.x>.
- Robins, Steven/Cornwall, Andrea/von Lieres, Bettina (2008): Rethinking ‘citizenship’ in the postcolony, in: *Third World Quarterly* 29, Nr. 6, S. 1069–1086. <https://doi.org/10.1080/01436590802201048>.
- Rocha Menocal, Alina/Sharma, Bhavna (2008): Joint evaluation of citizen’s voice and accountability: synthesis report, London: DFID, abrufbar unter <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/3425.pdf>.
- Said, Edward W. (1978): *Orientalism*, London: Routledge & Kegan.
- Schild, Veronica (2007): Empowering ‚consumer-citizens‘ or governing poor female subjects? The institutionalization of ‚self-development‘ in the Chilean social policy field, in: *Journal of Consumer Culture* 7, Nr. 2, S. 179–203, abrufbar unter <https://doi.org/10.1177/1469540507077672>.
- Schönwälder, Gerd (1997): New Democratic Spaces at the Grassroots? Popular Participation in Latin American Local Governments, in: *Development and Change* 28, Nr. 4, S. 753–770, abrufbar unter <https://doi.org/10.1111/1467-7660.00063>.
- Scott, James C. (2008): *Domination and the Arts of Resistance – Hidden Transcripts*, Yale University Press.
- Spivak, Gayatri C. (1988): Can the subaltern speak?, in: *Can the subaltern speak? Reflection on the history of an idea*.

- Tarrow, Sidney (2012): Contentious Politics and Social Movements, Cambridge University Press, S. 16–34, abrufbar unter <https://doi.org/10.1017/cbo9780511973529.003>.
- USAID (2013): USAID Strategy on democracy, human rights and governance, US-AID, Juni 2013, abrufbar unter https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1866/USAID%20DRG_%20final%20final%206-24%203%20%281%29.pdf.
- World Bank (2014): Strategic framework for mainstreaming citizen engagement in World Bank group operations, Washington DC: World Bank, abrufbar unter <http://documents.worldbank.org/curated/en/266371468124780089/pdf/929570WP0Box380ategicFrameworkforCE.pdf>.
- World Bank (2004): World Development Report 2004: making services work for poor people, Washington DC: World Bank, abrufbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/5986>.
- World Bank (2017): World Development Report 2017: Governance and the Law. The World Bank, abrufbar unter <https://doi.org/10.1596/978-1-4648-0950-7>.
- Ziai, Aram (2013): Frohe Weihnachten Afrika! Rassismus in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, Nr. 36, S. 15–19.
- Ziai, Aram (2010): Postkoloniale Perspektiven auf ‚Entwicklung‘, in: PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur 30, Nr. 120, S. 28.

